

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
regelmäßiger Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auschl. Zustellungs-
gebühr. Erschließungen werden von allen
Kundensparten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unvollständig eingetragene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Zig.“ gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. 2535; der
Halle Nr. 2532; Geschäftsstelle: Nr. 17;
Redaktionsgebäude (Markt 4) Nr. 2536.

Saale-Zeitung.

Neuabdrucklicher Jahrgang.

werden die Spaltenpreise aber beim
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von untern Kundensparten
und allen Anzeigen-Expeditoren an-
genommen. Reklamen die Seite 75 Pfg.

Ersteinst wöchentlich postmal;
Sonntags und Feiertagen einmal,
sonst zweimal täglich.

Schreibweise und Haupt-Verlags-
stelle: Halle, G. Braunschw. 17;
Neuburgstraße: Markt 24.

Nr. 601.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 23. Dezember

1905.

Politische Wochenschau.

Am Reichs- und Tage gelangte noch vor den Weihnachtsferien die Kolonialbahn Lübeck-Büchsum zur Annahme. In der Debatte wurde von dem freisinnigen Volksparteiler Dr. Ablass und dem Zentrumsgewählten Dr. Erzberger eine scharfe Kritik an der Kolonialverwaltung ausgeübt. Der letzte der von Ablass erwählten Kolonialfanale betrifft den Gouverneur von Kamerun, v. Puttkamer, der wegen der Entfesselung gegen ihn klagbar gewordener Dualhauptlinge nach Berlin zur Verantwortung berufen worden ist. Es heißt, daß die Verwaltung des Herrn v. Puttkamer einen „fongotaktischen“ Charakter getragen habe, und daß manche seiner Handlungen sich nur durch „Tropenfoller“ erklären ließen. In einem Leipziger Blatte wird behauptet, man habe wieder einmal vor einem Prozeß, der ähnliche Greuel enthüllen werde wie die West-, Peters-, Weßler- und Besser-Prozesse. Freilich könnte der Regierung diesmal der Vorwurf nicht erpart werden, daß sie Herrn v. Puttkamer sehr wohl genügend gefolgt hat, als sie ihm den überaus beratungswidrigen, schweren und an die ständige Energie große Anforderungen stellenden Posten übertrug; sie kann sich demal nicht durch Unkenntnis entschuldigen. Dr. Ablass hat zur Genüge auseinandergesetzt, daß die Regierung vor der Berufung des Herrn v. Puttkamer zum Gouverneur von Kamerun sehr zur Vorsicht mahnende Gutachten erhalten hatte. Die Auslese der Beamten muß eine viel kritischer sein als bisher. Hoffentlich wird der neue Verwalter des Kolonialamtes es in dieser Hinsicht an nichts fehlen lassen. Auch die Erprobungsanfragen gegen die Kolonialverwaltung sind noch keineswegs aus der Welt geschafft. Wie es möglich ist, daß die Regierung dem Reichstage z. B. über die bare Entscheidung des Kamerun-Grenzbündnisses in dem aufgestellten Rosenanfrage keine Mitteilung gemacht hat, obwohl doch hierfür eine Summe von 120.000 M. veranschlagt worden ist, und wie es ferner möglich ist, daß diese Summe in die Position „eine Kaufreise“ hineingeworfen wird, und daß der Reichstag hiervon wiederum nichts erfährt, bleibt ein Rätsel. Die Zatsche ferner, daß das Kamerunisenbahnbudget 360.000 M. Aktien franco Valuta — als die „übliche Provision“ — wie Herr Seltschick sich ausdrückt — erhalten hat, wird mandem als Anstoß erregend erscheinen. Mit Recht bezeichnet das „V. Z.“ eine solche Provision von über 2 Proz. „als sehr anständig, um nicht zu sagen, sehr gesäftsmäßig“.

Der Kaiser wollte einige Tage in Braunschweig als Gast des Prinzregenten. An diesen Besuch hatten sich Gerüchte über einen bevorstehenden Regentenwechsel in Braunschweig geknüpft. Daß Prinz Albrecht von Preußen sich auf den Weg nach Göttingen hat, ist Regenthaftig aufgefunden, ist wiederholt im Laufe der Zeit in der Presse behauptet worden, ohne indes durch die Zatsache bestätigt zu werden. Es ist immerhin nicht ausgeschlossen, daß in der Braunschweiger Frage in einer absehbaren Zeit eine Wendung eintritt; indes läßt sich noch nichts darüber sagen, ob diese Wendung alsdann eine abnormale provisorische oder aber eine definitive sein wird. Nach der Rückkehr vom Berlin wurde der heimgekehrte General v. Trotha vom Kaiser empfangen. Es heißt, er werde Gelegenheit nehmen, seine Kriegspolitik im Reichstage zu verteidigen. Ob er allerdings damit etwas erreicht, ob er sich nicht vielmehr dadurch neuen und stärkeren Angriffen aussetzt, bleibt sehr zu erörtern.

Die Wahrechtsbewegung hat in Dresden zu einer sogenannten „Ultimatum“ geführt; allerdings zu einer natürlich harmlosen, denn Blut ist eigentlich nicht dabei geflossen. Es wurden zwar ein „paar Schüsse“ abgefeuert; aber von wer, womit und in welcher Absicht, steht noch keineswegs fest. Die sozialdemokratische Parteileitung hatte vorher die Straßendemonstrationen offiziell unterjagt; sie fürchtete offenbar mit Recht, ein allzu provokatorisches Auftreten würde ihrem Ziele, der Erlangung eines besseren Wahlrechts, nur hinderlich sein. Ebenso wie über die Wasserregung, die mehr auf dem Zeitungspapier als in Wirklichkeit zum Ausdruck kommt, wurden auch über eine beabsichtigte „Stucht des Staatsministers v. Wegisch aus Dresden“ einige alarmierende Nachrichten in die Welt gesetzt. Die „Leipziger N. N.“ erklären sie für „blösinig“. Das Fazit der ganzen Bewegung ist, daß die sächsische Regierung bereit ist, die Wahlrechtfrage von neuem im Landtage anzunehmen und daß auch die Konserverativen sich jetzt einer besseren Erkenntnis zu nähern beginnen. Die sächsischen Nationalliberalen erklären bei ihrer letzten Versammlung die geplanten Änderungen der Zusammensetzung der Ersten Sächsischen Kammer für unangebracht und behielten sich bezüglich der angekündigten neuen Vorschläge zur Reform des Wahlrechts der Zweiten Kammer die Stellungnahme vor. Daß auch in Preußen Wahlrechtsänderungen Mitte Januar von sozialdemokratischer Seite eingeleitet werden sollen, wurde in den „Hamburger Nachrichten“ angekündigt. In Hamburg sind jedenfalls gegen die Wahlrechtsänderungsvorlage, ebenso wie in Lübeck, Waffenprotesterammlungen zu erwarten. Auch in Oldenburg steht eine Bewegung zugunsten eines besseren Wahlrechts ein und in Mecklenburg mit die Befassungs- und Wahlfrage aufeinander jetzt allen Erstes in Rüst kommen. Ähnlich wie in Bayern, Baden und Württemberg läßt auch die sächsische Regierung nicht locker, ein vollständigeres Wahlrecht anzubahnen. Trotz der Ablehnung im alten Entwurf wird in der sächsischen Thronrede die Wiederbringung eines demokratischen Wahlrechts angekündigt; in der sächsischen Ständekammer

aber hat ein Wahrschub stattgefunden, der die Entscheidung der sächsischen Regierung anbeutet, mit der sie an ihrem Ziele festhält. Wästen doch auch die norddeutschen Regierungen endlich einsehen lernen, wie not es tut, den Forderungen der modernen Zeit Rechnung zu tragen. Gätten wir in Preußen ein Wahlrecht, welches eine getreue Widerspiegelung des preussischen Volkes in allen seinen Verhältnissen und Schichten wäre, so würde man sich jetzt nicht mit einem solchen Schulunterhaltungs-Gesetzentwurf herumzuschlagen müssen, wie es derjenige des Herrn Studt ist. Die starke Protestbewegung gegen die Vorlage sollte der Regierung die Augen darüber öffnen, daß in einer Zeit, in der die ganze Welt einen Ausbruch vorwärts macht, es nicht anständig ist, mit einer solchen reaktionären Arbeit vor die deutsche Nation zu treten. Es mag sein, daß der Entwurf angekommen wird, aber die Opposition gegen eine derartige Gesetzgebung wird im Lande mit der Zeit immer härter werden, sie muß zur Befestigung des jetzigen preussischen Wahlrechts führen und wird sich nicht ignorieren lassen.

Die „Panters“-Affäre ist ein zwischen Deutschland und Brasilien entstandener diplomatischer Zwischenfall, der wegen seiner vorläufigen Verhältnisse seitens der Öffentlichkeit des deutschen Kriegsschiffes „Panther“ entstanden ist. Die deutsche Regierung wurde dadurch in die unangenehme Lage versetzt, der brasilianischen Regierung ihr Bedauern auszudrücken zu müssen. Angeblich soll die brasilianische Regierung mit dieser „Genugtuung“ nicht zufrieden sein. Vermutlich fordert sie auch die Befreiung der Schuldigen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die deutsche Regierung die vorgekommenen Ungerechtigkeiten nicht ungehört lassen kann. Die deutsch-britische Verjährungsaktion hatte neue Momente zu verzeichnen. Eine von den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft einberufene Versammlung in Berlin veranfaßte eine impotente Verhandlungskündigung. Ferner ließ der Britische und Australische Segler-Verband in London dem deutschen Kaiser als Weihnachtsgabe eine Nelson-Büste überreichen, wobei es gleichfalls zu herlichen deutsch-englischen Sympathieäußerungen kam. Die erste Rede des neuen englischen Premierministers Campbell-Bannerman in der Albert Hall in London war gleichfalls auf einen der Erhaltung eines englisch-deutschen Einvernehmens gänzlich Ton gerichtet. Um jo geschmeidiger nahmen sich diesen Friedensbedingungen gegenüber manche abenteuerliche Tiraden aus, die auf dem Aldeutschen Verbands-tage in Leipzig gegen England gerichtet wurden. Wie unangenehm der Regierung solche Äußerungen sind, beweist eine Kundgebung aus Bonn, wo die Landräte von dem eng mit den Aldeutschen verbündeten Flottenvereinen abtraten, seitdem diese in die antienglische Agitation mit hineingezogen worden sind. Aber nicht nur die dachwimmsche, sondern auch die sozialistische Seite ist eine Gefahr für den Frieden. Dies lehrt vor allem das Beispiel des englischen Sozialistenführers Hyndham, der seit Jahr und Tag, wie der alte Achtundvierziger Karl Wind in London auskürstet, systematisch die Gefahr einer sogenannten deutschen „Wahlpolitik“, zu der ihm die deutsche Sozialdemokratie das Material liefert, in England an die Wand malt, um gegen diese in seiner Patrie künstlich geschützte Idee einer Gefahr, die er auch unter der englischen Arbeiterchaft verbreitet, mit allen Waffen der heftigsten Journalistik zu Felde zu ziehen und so das Deutsche Reich und Volk tagtäglich in Grund und Boden zu verdamnen. Gegen solche Herulüsse der Feder im sozialistischen Lager sollte Vebel auftreten, nicht aber gegen die Rechte der deutschen Nation und gegen deren heimische Verteidigung.

Kowier hat in Paris sein Selbstbuch über Marokko veröffentlicht und in der Deputiertenkammer eine Erklärung abgegeben. In beiden sucht er das Deutsche Reich ins Unrecht zu setzen, so daß die deutsche Regierung noch vor Eröffnung der Konferenz ein Weisbuch veröffentlicht wird. Spanien regte die Verlegung der Konferenz von Algeciras nach Madrid an. Wie es heißt, soll Montero Rios die Verhandlungen der Konferenz leiten. Ob die Wächter der Verlegung zustimmen werden, ist noch ungewiß. Es möchte indes immer noch unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, die die Eröffnung der Konferenz hinauschieben. Das Kabinett Moret in Spanien, das in den Cortes außer den jetzigen Schwierigkeiten noch die Interpellation wegen Verträge in der Abstempelung der spanischen Schuld auszuhalten hatte, die ein spanisches „Panama“ bedeuten, sieht keineswegs auf festen Füßen. In Italien aber hat das Ministerium Fortis seine Demission gerade in diesen Tagen eingereicht. Fortis wird sein neues Kabinett unter Ausschluss des Dreihundpolitikers Tittoni bilden, so daß ein Schluß auf die Haltung Italiens auf der Konferenz von Algeciras zur Zeit unmöglich ist. Den neuen Wadenschäften, die hinter den Kulissen der Konferenz gegen Deutschland in Szene gesetzt werden, wird die deutsche Regierung klare und entschiedene Beharrlichkeit und Festigkeit entgegenstellen müssen.

Es ist überhaupt in der letzten Woche viel demissioniert worden. Außer Italien hat auch Ungarn, wo das Abgeordnetenhaus abnormale unter Protest verjagt wurde, eine Winternkrise erlebt. Ferner reichte seine Entlassung ein, die Kaiser Franz Josef ablehnte. In Griechenland erfolgte ein Kabinettswechsel ebenso wie in Dordneiro, wo der Fürst Nikita die Euphrosina, die sich zum ersten Male versammelte, mit seiner ersten Thronrede eröffnete. Auch in Japan fand eine Kabinettskrise statt, und zwar im Anblich an die Bekämpfung des japanisch-sinesischen Vertrages, der den weitgehenden Forderungen der Opposition ebensovergen entspricht wie seinerseits der russisch-japanische Friedensvertrag. An

Stelle des Grafen Kotsura übernahm Satonji die Staatsleitung. Es heißt, daß neben dem veröffentlichten Vertrag ebenso wie bei dem Friedensvertrag mit Russland noch ein Geheimvertrag existiere. Was daran Wahres ist, läßt sich nicht feststellen. In Korea hat Japan bereits die Verwaltung, die Marquis Ito übertragen wurde, vollständig übernommen und Korea hat aufgehört, als selbständige Macht im Auslande Vertretungen zu unterhalten.

In Shanghai trat eine „Chinesenrevolte“, ein über Gefahr aufgebauchter Vorgang, ein gewisses Aufleben. Die Unruhe wurde rasch unterdrückt, wobei einige zwanzig Chinesen getötet wurden. Das Deutsche Reich hat kein Interesse daran, sich mehr als nötig in die Affäre einzumischen. Der Vorfal hat indes gezeigt, daß der englisch-japanische Vertrag nur auf dem Papiere besteht, denn sonst hätten die Mächte, allen voran England, es doch den Japanern überlassen müssen, in diesem Falle die Ordnung wieder herzustellen.

In den russischen Disseprowinzen hat die Lettische Erhebung zu einem gänzlich Abfall vonlands und seiner angrenzenden zu Lande von Russland geführt. Auch Reichsdeutsche gerieten dabei in Bedrängnis; hauptsächlich aber wurde das Deutsch-Russentum in der Gegend von Riga und anderen Hafenplätzen deutsche Transpordampfer und erbob ebenso wie England Vorkellungen bei der russischen Regierung zum Schutze deutscher Reichsangehöriger und deutschen Eigentums, worauf die russische Regierung größeren militärischen Schutz zusagte. In Deutschland wurden Aufrufe zur finanziellen Unterstützung der deutschen Bewohnerschaft der Disseprowinzen verbreitet. Mit der Staatshilfe muß eine großzügige Unterstützungsaktion Hand in Hand gehen, die aus der Tiefe des Volkes kommt. Soffentlich wird es nicht nötig sein, Kriegsschiffe nach den Disseprowinzen zu entsenden, oder preussische Truppen zu mobilisieren. Die russische Regierung hat vorläufig ein Armeekorps nach Island entsandt. In Petersburg hat eine wilde Deutscherhebung begonnen, aus der ersichtlich ist, daß in Russland das Bestreben existiert, die in die Brüche gehende nationale Einheit durch den Haß des Panislawismus gegen das Deutschtum neu zu kitten. In Moskau und Petersburg begann nach der Verhaftung der Arbeiterdeputation von neuem der Generalstreik. Die Weutereien zahlreicher Truppenkörper dauern fort. Eine militärische Diktatur soll bevorstehen. Im Kaukasus wüten die Armerier und Tataren in wilder Feindschaft gegen einander, so daß sich wegen dieser nationalen Gegenläge das Russentum über ihnen schließlich wohl behaupten wird.

In Konstantinopel hat der Prozeß Fortis, gegen den Belgien vergeblich protestierte, seinen Ausgang gefunden. Auch die Flottendemonstration ging tagtäglich zu Ende; nun hat der Sultan wieder ein paar Jahre Zeit, die Dinge laufen zu lassen wie sie laufen und sich am frohlichen Nichtstun zu ergöhen. F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Reichskanzler empfing am Donnerstag eine Deputation der Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung in Köln, Oberbürgermeister Weder, Justizrat Trimborn und Geheimen Kommerzienrat Michels. Der Reichskanzler empfing ferner den Major Moritz Schmidt, welcher sein Weisnamens-Buch überreichte.

Das Ultimatum des Reichsdissektretärs.

Gegenüber einem einflussreichen Parlamentarier hat Herr v. Stengel, wie das „V. Z.“ meldet, die Grenzlinien, innerhalb deren eine Verändingung mit der Regierung über die neuen Steuerentwürfe allein möglich ist, gezogen; diese sollen nur einen verhältnismäßig engen Spielraum frei. Zunächst müßte daran festgehalten werden, daß der Gesamtanbau der Regierungsvorlage in seinen Hauptbestandteilen erhalten bleibe, die völlige Ausschöpfung eines wesentlichen Gliedes, beispielsweise der Bier- oder Tabaksteuer, würde die ganze Finanzreform zum Scheitern bringen. Ebenso müßte die Regierung darauf bestehen, daß die in Aussicht genommene Einnahmevermehrung in ihrer Höhe nicht wesentlich vergrößert werde, da sonst die erstrebte dauernde Gründung der Reichsfinanzien gefährdet werde. Komme die Kommission zu Veränderungen an einzelnen Gliedern des Steuerplanes der Regierung, wie die Verringerung der in Aussicht genommenen Nebenmaßnahmen bedeuten, so müßte hierfür Ersatz geschaffen werden. Einer Verbrauchssteuer werde die Regierung nicht unbedingt ablehnend gegenüberstehen, obgleich ihre finanzielle Ergebligkeit vorzugsweise nur gering sein werde, gegen die Aushebung der Erbschaftsteuer, auf die Deutsche, dagegen müssen sich schwerer zu überwindende Bedenken erheben. Mit Rücksicht auf die Finanzen der Einzelstaaten werde erst mit einem späteren Termin für das Inkrafttreten dieses Teils eine Erbschaftsteuer zu rechen sein, ferner würden nur die großen Verbände für die Verteuerung in Rost kommen dürfen. Eine Aushebung der Bier- oder Tabaksteuer aus der Reichsfinanzreform sei, wie bereits erwähnt, nicht denkbar, dagegen sei die Regierung bereit, durchführbare Vorschläge, die eine mindere Belastung der geringsten Tabaksorten sowie bei der Brauereier der kleinen Brauereien bedenkten, einer Prüfung zu unterziehen. Auch würde eine Modifikation der Quintantensteuer in Betracht kommen können, sofern für den etwaigen Finanzmangel ein geeigneter Ersatz sichergestellt ist. Damit seien die Grenzen für ein Einverständnis der Regierung gezogen. Hierzu bemerkt die „Berliner“:

Wir glauben nicht, daß dies „Ultimatum“ vom Reichstage angenommen werden wird. Die Diktatursteuer dürfte auch „modifiziert“ keine Aussicht haben. Eine völlige Ausschöpfung der Bier- und Tabaksteuer aus dem Budget bedenklich die Reichsstaatsmehrheit ohne Zweifel nicht, aber eben nicht es

hiesem Grunde mittere Umstände zugewandt und ihn nur zu 30 Mark verurteilt. Das Urteil wird berufen und befristet diese Angaben.

Das Urteil wurde heute abend nach dreitägiger Verhandlung gesprochen. Die Strafkammer erkannte gegen den Stationsassistenten Stullgass auf Jahr 4 Monate Gefängnis unter Ausschließung von 4 Monaten auf die Unterbringungshaft, gegen den Weichensteller Schmidt 3 Monate Gefängnis auf 1 Monat Gefängnis und sprach den Weichensteller Wiedmann 3 Monate frei.

Provinzialnachrichten.

Magdeburg, 22. Dez. (Ein internationaler Einbrecher) ist in den jüngst hier verhafteten Gefährlichen Dieb, der auch den Einbruch in das Postamt zu Hamburg verübt, festgenommen worden. Die sich jetzt befindet, in Magdeburg verhaftet gegen 40mal wegen Diebstahls und Einbruchs bestraft, er besitzt auf seinen Ernterwerbten in Magdeburg, die Lärche, Ställe, Tümpel und Kleinfeld und ist auch einmahl als Anarchist verurteilt worden.

Sommern, 22. Dez. (Zwangsverkauf). Das Hotel 'Deutsches Haus' am Wege des Bismarckdenkmals für 44,300 Mk. in den Besitz der Frau Meinert Weyeritz in Rembese über. Dem bisherigen Besitzer sollte das Hotel letztens 50,000 Mk.

Stendal, 22. Dez. (Eisenbahnunfall). Gestern abend um 9 Uhr ist der mit belandeten Waggons besetzte Sonderzug Nr. 116 auf Bahnhof Gardelegen gleich nach der Abfahrt auf einige im Gleis liegende leere Güterwagen gestoßen, wodurch die Zugmaschine des Sonderzuges und zwei der vorgenannten Waggons zur Entgleisung gekommen sind. Personen sind nicht verletzt. Das übrige Material ist nach Stunden gefahren. Die Schuld an dem Unfall trifft den Stationsmeister in Gardelegen.

Kriechen, 22. Dez. (Zu dem Eisenbahnunfall) wird nach mitgeteilt, daß dem vermaligen Stationsführer Karl Wogatz im Selbstmordstrafverfahren das Recht verweigert worden müßte; das linke Fuß gefährt sein.

(Erbsenverrichtungen) Verleihen wurde: Dem pensionierten Eisenbahnbeamten Christian Meyer zu Berlin und dem post Pensionierten Franz Gumpel zu Leipzig das Allgemeine Erbsenrecht. Dem Herrn Dr. A. Häber, Romanist, des Landeshauptmanns in Berlin, wurde die Erbsenrechte zur Verfügung des ihm verbleibenden Vermögens Erbsen, und zwar des hiesigen Schwarzwaldschen Erbsenrechts erster Klasse.

(Verkauf als Pachtobjekt). Der Schlosser Wodemann in Erfurt, wohnt in Magdeburg und hat die Pacht der Charakter als Geheimer Hofrat, den Oberleutnantleutnanten Diege in Erfurt und Lude in Dresden sowie den Rentmeister Weyer in Luedeburg der Charakter als Regierungsrat verlihen worden.

Frankfurt, 22. Dez. (Der Reichstag) erließ der Reichstag heute die Beschlüsse über die Reichsbeamten, die am 21. Juni 1894 vom heiligen Schmutzgericht wegen Kindesmordes zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt war, nach Hinführung Strafe den Rest im Zuchthaus.

Leipzig, 22. Dez. (Haus in Erfurt). In der vergangenen Nacht wurde in Wöden von einem Mann die halbe Vorderwand nach der Straße zu ein Wie das 'Leipzig Tagblatt' hierzu meldet, ist die Wand des Hauses nach nicht emittiert, doch stimmt man an, daß Unvorsichtigkeit den Anlaß gegeben haben. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Wien (Walt), 22. Dez. (Grubenunfall). Wie dem 'Walt. Anz.' gemeldet wird, ist die Rettung der im Seilensack bei Neustift im Bezirk Falkenberg umwickelt der schiffischen Grube abgesehen 19 Bergleute nicht gelückt, obwohl die Rettungsmaßnahmen mit großer Schlußfolgerung Tag und Nacht tätig waren. Der brennende Schacht müßte gestern zugemauert werden. Es können Wochen vergehen, ehe man zu den Leuten vordringen kann. Von den übrigen 14 Bergleuten, die sich zu retten vermochten, sind am Donnerstag abend infolge der erlittenen schweren Wundwunden gestorben. Der Schacht gehört dem Baron Spingler in Wien. Die Grube galt seit längerer Zeit als geföhrt. Der Abbau war ziemlich vollständig. Von den im Schacht eingeschlossenen 19 Bergleuten sind 17 verbraten.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Die deutsch-englische Verständigungskommision.

Berlin, 22. Dez. Die 'Morgenpost' will wissen, der Oberbürgermeister von Berlin beabsichtigt, den Lord Mayor von London und andere Mitglieder der Londoner südlichen Städteparlament einzuladen, in London einen Reichstagsbesuch zu besuchen. Wahrscheinlich würden die Reichstagsbesucher eine Einladung der Stadt hierzu erhalten.

Berlin, 22. Dez. Die Berliner Handelskammer hat beschlossen, zur Förderung der Beziehungen, die auf eine weitere Befestigung der zwischen der deutschen und der englischen Nation bestehenden freundschaftlichen Beziehungen abzielen, eine Kundgebung zu veranstalten, die zugleich eine Unterbreitung auf die neubildende in England aufzuge getretenen Reichstagsbesuch beinhalten sein soll. Die Kundgebung wird in diesem Zweck am 15. Januar ein Programm geben, zu dem auch der englische Vizekonsul sein Erscheinen angeht hat. Die Vertreter deutscher und hervorragender englischer Handelskammern sollen eingeladen werden.

Deutsche Weihnachten in Rom.

Rom, 22. Dez. Die von deutschen Heile Indendenten deutsche patriotische Schule veranstaltete gestern nachmittag eine Weihnachtsfeier. Anwesend waren von der deutschen Botschaft Konsulatsrat Freiherr von der Linden und Militärattaché Freiherr von Sommerstein, ferner der hiesige deutsche Gesandte beim Quirinal Freiherr v. u. s. d. T. von der deutsche Konsul in Rom Schlichter, die Eltern der Schüler und zahlreiche andere Mitglieder der deutschen Kolonie. Die Kinder sangen, trugen Gebilde vor und stellten lebende Bilder nach biblischen Stoffen. Die stimmungsvolle Feste schloß mit einer Weihnachtsbesprechung.

Die Marokko-Konferenz.

Leipzig, 22. Dez. Wie das 'Tagblatt' aus Marokko mitteilt, wird die deutsche Regierung darauf bestanden, daß das Ost der Marokko-Konferenz in Algier abgehalten und der Beginn der Konferenz nicht über Gebürverlängert wird.

Paris, 22. Dez. (Wiedung der 'Agence Sotab') Man glaubt hier, daß die Marokko-Konferenz in Algier abzuhalten werden, wobei die Unterhandlung ihrer Teilnehmer geföhrt sein soll. Die wichtigsten festgelegten Daten des Zusammentritts ist noch nicht abgemacht, jedoch ist es wahrscheinlich, daß es auf sechs Tage später angesetzt wird. Grund hierfür ist die Wichtigkeit der Spanant Maria Theresa, welcher die Vorkonferenz und Gebirgen behaupten müßten. Montero Rios soll Spanien auf der Konferenz vertreten.

Kabinettskritik in Italien.

Rom, 22. Dez. Der König hat gegen das Entlassungsangebot des Ministers angenommen und den Ministerpräsidenten Fortis mit der Neubildung des Kabinetts betraut.

Konflikt zwischen der Post und Belgien.

Frankfurt a. M., 22. Dez. Die 'Frankf. Bl.' meldet aus Konstantinopel: Die Post ist seit der Forderung Belgiens wegen Auslieferung des verurteilten Belgiers Joris ab. Wie verlautet, wird Belgien die Intervention der Berliner Signatur machen müssen. Die zum Tode verurteilten Amenter werden hingerichtet, Joris selbst dagegen nach einem Wajiet im Inneren Kleinasien lebenslanglich verbannt werden.

Die Wirren in Rußland.

Königsberg, 22. Dez. (Mittliche Meldung.) Die russischen Eisenbahnen telegraphieren, daß der Personenverkehr auf sämtlichen Linien und Bahnen in der Gegend von der Strecke Pionowo-Borsjak ist abgebrochen.

Bremen, 22. Dez. Der Dampfer 'Weimar', welcher sich auf der Reise nach Riga befindet, verhielt in der Nähe von Vornholm den Grund. Der Dampfer ist mit leichter Beschädigung in Schwinnemühe eingetroffen; wann das Schiff weitergehen wird, ist noch unbekannt.

Neval, 22. Dez. Alle Fabriken und Werkstätten feiern. Einige Gemeinden des Reichs leben die Weidwisse des Dampfer 'Weimar' an, ernehmen neue Angestellte, erkennen neuer die Holzgewinnung nach die Kommissare an und bewegen die Holzschiffen. Einige Militärlisten sind vorgeführt inhaftet worden. Bei der Station Tsib wurde ein mit Waffen für die Landgendarmen beladener Eisenbahnwagen angegriffen. Soldaten schlugen den Angriff zurück. Einer der Angreifer wurde getötet. Die Eisenbahner haben gestern beschloffen, den Zugverkehr einzustellen.

Petersburg, 22. Dez. Der blasse Generalstreik ist tot in Rußland. Die Arbeiter nehmen die Arbeit wieder auf. Eisenbahn, Post und Telegraph sowie die Geschäftswerte funktionieren. Große Bezeichnung wurde im Lager der revolutionären Partei. Die Streiklisten sind leer. Am Sonntag wird ein Manifest bezüglich des Babinskobus veröffentlicht werden.

Moskau, 22. Dez. Der Rat der Arbeitervertreter hat die Entscheidung sämtlicher Arbeiter an drei Tage wegen der Verletzung des Gesetzes angeordnet. Bei dem gewalttätigen Schließen kam es zu Zusammenstoßen mit der Polizei.

Moskau, 22. Dez. (Kretschurg-Tel-Bl.). Eine Anzahl Zellennehmer an der vorgeschriebenen Vernehmung in Aquarium bestrafte sich durch den Kontingenz zu entfernen, wurde aber von Soldaten mit Revolverschlägen empfangen. Der größte Teil der Menge zerstreute das Gitter des Aquariums und übte Gewalt an und gelangte in den Hof eines benachbarten Schule, wo Barrakaden errichtet wurden. Gestern früh 9 Uhr die Soldaten nahen nur wenige starke Schiffe ab und feuerten meist blinde Schüsse.

London, 22. Dez. Die britische Regierung hat die britischen Vertreter in Riga und anderen russischen Städten ersucht, im Falle dringender Gefahr Schiffe zu chartern, um die britischen Entschuldigungen in Sicherheit zu bringen.

London, 22. Dez. Der in Kiel eingetroffene englische Turbinenfabrik 'Crompton' und der deutsche Turbinenfabrik 'Mitsubishi' erwarten stündlich Segelorden, um gemeinsam nach Riga in See zu geben.

Paris, 22. Dez. Nach einer Privatdepesche der 'Magdeburg' wird berichtet, daß der gestrige Sitzung des Ministerrats der Ministerpräsident Rouvier die Lage in Rußland. Er betont, daß trotz der verhängnisvollen Berichte die Ordnung bald wieder hergestellt sein wird.

Die Chinesenrevolte in Shanghai.

Shanghai, 22. Dez. Generalgouverneur I Schouin wird gleich nach seiner Ankunft den Takt an, das gestrige Gericht wieder zu eröffnen. In der Fremdenüberlieferung ist es möglich. Die von den Kriegsschiffen abgestellten Wachen verbleiben zum Schutz von Leben und Eigentum der Fremden an Land.

Der chinesisch-japanische Vertrag.

Peking, 22. Dez. (Meldung des Deutschen Bureaus.) Der chinesisch-japanische Vertrag ist gestern von Komura und Uchida für Japan und von den Prinzen China und Yuan Shikai für China unterzeichnet worden. Die für den Abschluß des Vertrages beauftragten Bevollmächtigten erklären, daß trotz der verhängnisvollen Berichte die Ordnung bald wieder hergestellt von einem chinesisch-japanischen Bündnis sein soll.

Offen (Habr), 22. Dez. Die Siebenermissionen beschloß wegen den abnehmenden Reichthum des Oberbergamts Dortmund auf einen Einspruch gegen die neue Arbeitsordnung beim Minister Reichswalde zu erheben.

Bomburg, 22. Dez. Der Dampfer 'Cambroman' mit dem letzten Französischer in Rußland festsitzenden gefahrenen Japaner verließ gestern abend 11 1/2 Uhr den hiesigen Hafen.

Bern, 22. Dez. Die gestern vom Nationalrat genehmigten Vorlagen betr. das Handelsverhältnis mit Portugal und die Verlängerung des Handelsvertrags mit Spanien wurden nachmittag auch vom Ständerat angenommen. Ferner genehmigten beide eidgenössische Räte das provisorische Handelsabkommen mit Frankreich.

London, 22. Dez. Der König hat dem bisherigen Minister des Auswärtigen Marquis of Salisbury die Rechte des Royal Victorian Order verliehen.

Konstantinopel, 22. Dez. Der kaiserliche Vizekonsul Freiherr Warkall von Bieberstein wurde dem gestrigen Samstag bei und wurde darauf vom Sultan in Audienz empfangen.

Redaktion: Otto Sonne

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Reuber; für Provinzialnachrichten: Albert Ortling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Schö; für den Anzeigenteil: Ernst Schöne; für den Sportteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Henkel. Städtisch in Halle a. S.

— Diese Nummer umfasst 8 Seiten — (einschl. 'Unterhaltungsblatt' und 'Blätter für Haus').

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, F. Zimmermann & Co. A.-G. zu Halle a. S. In der gestern nachmittag im 'Grand Hotel Bode' abgehaltenen Generalversammlung waren vier Aktionäre erschienen, die 971 000 Mark Aktienkapital und 971 000 Mark Reservefonds des durch Krankheit verhinderten Aufsichtsratsvorsitzenden Geheimrat Lehmann leitete. Der stellvertretende Vorsitzende, Professor Th. de Beaux (Leipzig) die Versammlung. Der Geschäftsbericht, die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung wurden genehmigt und den Verwaltungsorganen Entlastung erteilt. Die Dividende wurde auf fünf Prozent festgesetzt, jeder Prozent im Vorjahre. Auf Antrag des Herrn Direktor Jordan beschloß die Versammlung, aus dem diesjährigen Einkommen 6000 M. an den neu zu bildenden Arbeiter- und erstützungsgesellschaft zu überweisen. Der aus dem Aufsichtsrat ausscheidende Professor Th. de Beaux (Leipzig) wurde einstimmig wiedergewählt.

Die Keramische Abziehbilderfabrik Wunderlich & Co. in Altswasser in Schlesien wurde unter Mitwirkung der Allgemeinen deutschen Kreditanstalt, der Deutschen Bank, des schlesischen Bankvereins und der Bank für Thüringen in eine Aktiengesellschaft mit 900000 M. Kapital umgewandelt.

Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Ph. Swiderski in Leipzig-Plagwitz. In der Generalversammlung, in der 9 Aktionäre mit 108 Vorzugsaktien und 535 Stammaktien zugegen waren, wurde die Verteilung einer Dividende von 5 (5) Prozent, die Vorzugsaktien genehmigt und bei den Wahlen für den Aufsichtsrat das satzungsgemäß ausscheidende Mitglied Konsul Carl Strathmann wieder- sowie Rechtsanwalt Dr. Swiderski neu gewählt. Verwaltungsrat: Die Firma Oskar Köhler, Fabrik für Piano- und Flügel-Mechanik zu Berlin, ist in eine Aktiengesellschaft mit 1 Million M. Kapital umgewandelt worden.

Rio de Janeiro, 21. Dez. Wechsel auf London 169 1/2.

Preise von Kall-Kuxen.

festgestellt von Samuel Zielenziger, Berlin u. Essen, 22. Dez.

	Geld	Brief	Geld	Brief		
Alexandershall	10,200	Hohenfels	11,100	11,300		
Beienrode	8550	9050	Hohenzollern	8750	8800	
Brandenburg	475	560	Hugo	2000	2000	
Burck	15,000	11,000	Johannshall	6900	7000	
Carlsand	10,850	11,000	Justus I.	181	181	
Ciedenhall	380	420	Kaiseroda	9750	9850	
Desdenoda	4900	4950	Leudwighall	145	145	
Deuschland	—	3275	Neustadt	20,300	20,600	
Friedrichshall	187 1/2	187 1/2	Poland	375	450	
Gleickauf-Sonderh.	19,200	19,400	Ronneberg (Akt.)	192 1/2	195	
Hannov. Kall-Akt.	—	90 1/2	Salzstättur Kallw. A.	272 1/2	277 1/2	
Hansa	—	3075	Schieferkaute	2750	2800	
Hettorf	—	1375	Schwarzburger Sal.	—	880	
Hedwigsb.	10,600	10,800	Siegfried I.	—	352 1/2	
Heldburg	—	82	Sigmundshall	—	875	
Heldringen	—	4000	4100	Wilhelmshall	—	18,000
Herynya	—	28,000	Wintershall	—	13 800	14,000

Waren- und Produktenberichte.

Getreide, Mühlen-Erzeugnisse usw.

Berlin, 22. Dez. Frühmarkt (amtlich festgestellte Preise). Weizen, neuer inländischer 175,00—177,00 M. Roggen, neuer, guter inländischer 160,00—165,00 M. Gerste, leichte inländ. Futtergerste 145—154, schwere 155—165, russische und Donau-, mittel 143—145, schwere 146—161, alles ab Bahn u. frei Wagen. Hafer, märk., mecklenb., pomm., posen., schles. fein 168—178, mittel 167—167, gering 153—166, russischer fein 154—165, mittel u. gering — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mixed, gering 131,00—133,00, mit Geruch —, runder 135—138 frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futtermittel, mittel 167—170, feine und Taubenerbsen 171—175 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl No. 00 loco 22,50—24,50. Roggenmehl No. 0 und

Statt besonderer Meldung.

Heute nachmittag verschied nach langem, in Geduld getragenen Leiden mein innig- geliebter Mann, unser lieber, guter Vater, der

Königl. Stabsarzt a. D.

Sanitätsrat Dr. Hermann Lüdicke

im 76. Lebensjahre,

In tiefster Trauer

Die Hinterbliebenen.

Halle a. S., den 22. Dezember 1905.

Die Beerdigung findet Montag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Stadtgottesackers aus statt.

